

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 2

Artikel: Abwechselnd heiter bis bewölkt
Autor: Brückner, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Brückner zum deutsch-französischen Verhältnis

Abwechselnd heiter bis bewölkt

Im gleichen Masse, wie der europäische Integrationsprozess an Dynamik verliert und innerhalb der Bevölkerung auf Akzeptanzprobleme stösst, gerät das oftmals als Keimzelle der Gemeinschaft gepriesene deutsch-französische Verhältnis in eine Phase der Irritationen. Die Achse Bonn-Paris knirsche vernehmlich, konstatierte vor einigen Wochen ein Berliner Journalist. Dass es Probleme gab und gibt, räumen selbst Diplomaten – allen voran Frankreichs Aussenminister – offen ein.

Die Idee, dem von Streit, Revolutionswirren, Nationalismus und Kriegen geschundenen europäischen Kontinent durch eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit dauerhaften Frieden und Prosperität zu garantieren, ging in der Vergangenheit immer wieder von der Bereitschaft von Franzosen und Deutschen aus, ihre «Erbfeindschaft» zu beenden. Richard Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Bewegung, beschrieb 1923 die Überwindung der Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich als eine Voraussetzung zur Schaffung der «Vereinigten Staaten von Europa». Den Hass zwischen beiden Völkern bezeichnete Coudenhove-Kalergi in seinem Manifest «Pan-Europa» als ein europäisches Zentralproblem, zumal diese Gegnerschaft «aus politisch-militärischen Motiven durch Jahrhunderte künstlich geschürt» worden sei.

Die Mahnungen und Warnungen des visionär denkenden Europäers verhallten nicht ungehört. Die Namen des französischen Aussenministers Aristide Briand und seines deutschen Kollegen Gustav Stresemann stehen für den wichtigsten europäischen Impetus zwischen den beiden Weltkriegen, wenngleich diese Annäherung die zweite Katastrophe nicht verhindern konnte, die 1939 über Europa und die Welt hereinbrach.

In seiner vielzitierten Zürcher Rede griff Winston Churchill im September 1946 die von Coudenhove-Kalergi formulierte Prämisse für den Beginn eines erfolgreichen europäischen Integrationsprozesses wieder auf: «Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland

sein», betonte der Brite. Charles de Gaulle bezeichnete zu jener Zeit Deutschland als «Kernstück des Problems im Herzen des Erdteils». Und in der Tat rechtfertigten die historischen Erfahrungen solche Urteile. Es war Bismarck, der den Krieg gegen Frankreich im Jahre 1870 entfesselte, es war Deutschland, das 1914 und 1940 sein Nachbarland überfiel.

Zwischen Feindschaft und Verehrung

Indessen war das deutsch-französische Verhältnis stets von einer bemerkenswerten Ambivalenz geprägt: Die über Generationen hinweg entwickelte Feindschaft wechselte bisweilen mit Anerkennung, ja Verehrung. «Während der letzten fünfzig Jahre kam kaum ein Franzose auf die Idee, dass man über Deutschland anders als mit Bewunderung sprechen kann», schrieb 1870 der Historiker Fustel de Coulanges.

Zeitsprung: In den zurückliegenden dreissig Jahren taten sich junge Deutsche mit der geschichtlichen Tatsache der deutsch-französischen «Erbfeindschaft» schwer. Sie erlebten den Nachbarn als ein befreundetes, kreatives sowie lebens- und sinnfrohes Volk, wobei die obersten Repräsentanten beider Seiten die vertrauensvolle Partnerschaft vorlebten: Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl und François Mitterrand.

Wie lassen sich in einer während der vergangenen drei Jahrzehnte (der wegweisende deutsch-französische Vertrag wurde am 15. Juni 1963 vom Bundestag ratifiziert) gewachsenen Partnerschaft die jüngsten Irritationen und Konflikte erklären? Wie kann es passieren, dass unterhalb der offiziellen politischen Ebene alte Ressentiments wiederbelebt werden? Musste es nicht sonderbar erscheinen, als während der hitzigen Debatten vor dem französischen Referendum über die Maastrichter Verträge Gegner und Befürworter gleichermaßen die Angst vor dem wiedervereinigten Deutschland beschworen?

Die alten europäischen Dämonen seien noch nicht tot, meinte der deutsche

Die Idee, dem geschundenen europäischen Kontinent durch eine enge Zusammenarbeit dauerhaften Frieden und Prosperität zu garantieren, ging immer wieder von der Bereitschaft von Franzosen und Deutschen aus, ihre «Erbfeindschaft» zu beenden.

Indessen war das deutsch-französische Verhältnis stets von einer bemerkenswerten Ambivalenz geprägt.

Am Beginn der deutsch-französischen Freundschaft stand eher eine Art politisches «Joint-venture».

Kanzler unlängst sinngemäss. Wohl wahr, wenngleich es wenig hilfreich erscheint, den aktuellen Gegensätzen zwischen Bonn und Paris einen dauerhaften oder substanzgefährdenden Charakter beizumessen. Nüchternheit ist gefragt, keine Ernüchterung.

Der ohne Frage vorbildliche deutsch-französische Aussöhnungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg wurde stets von einem hohen Mass an Pathos begleitet, ganz so, als seien die ehemaligen «Erbfeinde» gleichsam über Nacht zur Besinnung gekommen und hätten im Geiste Goethes, Heines, Victor Hugos und Madame de Staëls auf «eine Ergänzung von Galliern und Germanen» hingearbeitet, von der später de Gaulle einmal schrieb.

Einbindung Deutschlands in Europa

Tatsächlich stand am Beginn der deutsch-französischen Freundschaft eher eine Art politisches «Joint-venture». Ganz in diesem Sinne ist die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion) zu bewerten, die sich mit den Namen Jean Monnet sowie Robert Schuman verbindet, und die letztlich die Basis für die spätere Europäische Gemeinschaft schuf. Als der EGKS-Vertrag am 18. April 1951 im Uhrensaal des französischen Aussenministeriums von den sechs Gründerstaaten (Frankreich, Deutschland, Italien sowie die Beneluxländer) unterzeichnet wurde, hatten Paris und Bonn ihre jeweiligen Ziele erreicht. Frankreich gewann Einfluss auf die strategisch wichtige deutsche Stahlindustrie, und die junge Bundesrepublik erfuhr sechs Jahre nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur eine internationale Aufwertung.

Jean Monnet beschrieb die Absicht, Westdeutschland in einem in starkem Umfang von Frankreich dominierten Europa einzubinden, einmal sehr pragmatisch: «Jede Lösung verlangte zuvor, dass man die Bedingungen änderte: etwa für die Deutschen die Demütigungen durch unsere Kontrollen, für die kein Ende abzusehen war, und für die Franzosen die Angst vor einem letztlich unkontrollierten Deutschland.»

Charles de Gaulle bezeichnete es als Notwendigkeit, «dass Deutschland ein integrierter Bestandteil der organisierten Zusammenarbeit der Staaten wird, die ich für unseren ganzen Kontinent anstrebe». Beide Länder sollten, so de Gaulle weiter, «ein ganzes Netz besonderer Bande knüpfen, damit die beiden Völker einander nach und nach verstehen und würdigen lernen, wie ihr Instinkt es fordert, sobald sie nur davon ablassen, ihre Lebenskraft im Kampf gegeneinander zu verbrauchen».

Der deutsch-französische Aussöhnungsprozess stiess teils auf heftige Bedenken, teils auf Ablehnung. Auch in Deutschland, wo der Oppositionspolitiker Kurt Schumacher in der Montanunion einen Schachzug Frankreichs zu erkennen glaubte. Je deutlicher zutage trat, dass de Gaulle an einer deutsch-französischen Achse schmiedete, die seinen europapolitischen Vorstellungen gerecht werden sollte, desto stärker wuchs in der Bonner Regierung das Misstrauen. Als der Deutsche Bundestag am 15. Juni 1963 den deutsch-französischen Vertrag ratifizierte, enthielt dieser eine Präambel, die in Paris für Verstimmung sorgte. Immerhin wurde darin auf die «enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika» hingewiesen sowie auf die Einbeziehung Grossbritanniens in die Europäische Gemeinschaft. Dem hatte sich de Gaulle bekanntlich energisch widersetzt.

Beargwhönte Ostpolitik Bonns

Frankreich seinerseits war trotz aller mit wirkungsvoller Rhetorik vorgetragenen europäischen Bekenntnisse nicht bereit, nationale Kompetenzen zugunsten einer supranationalen Lösung aufzugeben, was das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im August 1954 eindrucksvoll bewies.

Zumindest während der ersten Hälfte der siebziger Jahre folgte die deutsch-französische Zusammenarbeit dann einer Art «Business as usual». Die von Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik wurde in Paris eher misstrauisch verfolgt. De-Gaulle-Nachfolger Pompidou argwöhnte, die deutsch-sowjetische Annäherung stelle den Anfang einer «Finnlandisierung» der Bundesrepublik dar. Für einige Zeit arbeitete die französische Diplomatie sogar an der Idee einer Allianz Paris-London, die jedoch an der Vehemenz, mit der die britischen Europa-Gegner auftraten, rasch scheitern musste. Diese Episode in den deutsch-französischen Beziehungen lässt die konstante Furcht der Franzosen vor einer deutsch-russischen Achse erkennen. Schon de Gaulle warnte US-Präsident Truman am 22. August 1945 vor einer slawisch-germanischen Allianz: «Die deutsche Einheit,

Der deutsch-französische Vertrag enthielt eine Präambel, die in Paris für Verstimmung sorgte, denn darin wurde auf die «enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika» hingewiesen sowie auf die Einbeziehung Grossbritanniens in die Europäische Gemeinschaft.

In der Tat steht Frankreich nicht mehr im Zentrum eines vom Ost-West-Gegensatz geprägten Kontinents. Die «Wiederentdeckung» Mitteleuropas drängte Frankreich in eine Randzone.

die man unter der Autorität eines neuen Reiches anzustreben scheint, wird früher oder später zur Gefahr werden. Deutschland im Wiederbesitz der Mittel für seine Ambitionen wird sich eines Tages mit dem mächtigen slawischen Block verbinden, der durch die Beschlüsse von Jalta und Potsdam geschaffen wurde ...»

Unter Pompidou-Nachfolger Giscard d'Estaing und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt entwickelte sich die deutsch-französische Zusammenarbeit wieder zu einem Motor der europäischen Integration, was in den kleineren Staaten der Gemeinschaft manche Irritationen und Ängste vor einer Hegemonie der «Grossen» auslösen musste. Die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) sowie der Kunstwährung ECU bleibt ebenso mit der Ära Giscard-Schmidt verbunden wie die Institutionalisierung der halbjährlichen Treffen der EG-Staats- und Regierungschefs («Europäischer Rat»).

Trotz der unterschiedlichen ideologischen Standpunkte setzten die Nachfolger — Mitterrand und Kohl — die enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit fort, die immerhin dazu führte, dass der französische Präsident und der deutsche Kanzler Ende Mai 1992 in La Rochelle die Aufstellung eines 40 000 Mann starken europäischen Armeekorps bekanntgaben. Beide Politiker setzten sich überdies mit Nachdruck für die Ratifizierung der Verträge von Maastricht ein. Die Vertiefung der EG zur Europäischen Union sowie die Einführung einer Europa-Währung — mit diesen Zugeständnissen hatte Kohl immerhin versucht, die massiven Vorbehalte Mitterrands gegenüber der deutschen Wiedervereinigung abzubauen.

Schwächung Frankreichs seit der Wende

Zwischenzeitlich sind die umstrittenen Maastrichter Verträge unter Dach und Fach, während der Wiederaufbau der neuen deutschen Bundesländer Bonn vor erhebliche politische, soziale und vor allem finanzielle Herausforderungen stellt. Deutschland ist mithin keineswegs stärker, sondern wirtschaftlich schwächer geworden. Wo sind also die aktuellen Gründe für die deutsch-französischen Irritationen der jüngsten Vergangenheit auszumachen? Fünf Aspekte erscheinen derzeit von Bedeutung:

– Der ordnungspolitische Aspekt: Mehr als die Deutschen — die ebenfalls nicht frei von «Sünden» sind — setzt die französische Wirtschaftspolitik auf Zentralismus, staatliche Einflussnahme und Subventionen.

– Der strukturelle Aspekt: Der Landwirtschaft kommt in Frankreich ein be-

deutend höherer Stellenwert zu als im industriell geprägten Deutschland. Der handelspolitische Antagonismus zwischen dem schutzwürdigen Agrarsektor und der auf freien Warenverkehr angewiesenen Industrie ist auch nach Abschluss des GATT-Abkommens unverkennbar.

– Der währungspolitische Aspekt: Die Pläne zur Schaffung einer gemeinsamen Europa-Währung waren in Deutschland nie populär. Nach den Wirtschaftsexperten rücken mehr und mehr auch die Politiker von den in Maastricht vereinbarten Zeitvorgaben ab. Paris hofft jedoch, auf dem Umweg über eine Wirtschafts- und Währungsunion die Dominanz der D-Mark brechen zu können.

– Der Aspekt der Orientierungslosigkeit: Der französische Schriftsteller Patrick Démerin meinte einmal gegenüber einem Journalisten, er sei zwar ein wirklicher Freund Deutschlands, doch absolut gegen die Wiedervereinigung. Denn: «Dann entstünde ein viel zu starkes Land im Herzen Europas, und nicht mehr Paris wäre dessen Mittelpunkt, sondern Berlin.» In der Tat steht Frankreich nicht mehr im Zentrum eines vom Ost-West-Gegensatz geprägten Kontinents. Die «Wiederentdeckung» Mitteleuropas drängte Frankreich in eine Randzone. Paris befindet sich mithin in einer Zeit der Neuorientierung.

– Der Aspekt des Misstrauens: Starke Kräfte in Frankreich unterstellen Deutschland, in Mittel- und Südosteuropa wieder eine beherrschende Rolle anzustreben. Als Beleg wurde in jüngster Vergangenheit unter anderem die Anerkennungspolitik Bonns im ehemaligen Jugoslawien genannt.

Und die Zukunft?

Wie wird sich das deutsch-französische Verhältnis weiterentwickeln? Vieles hängt davon ab, wer in Paris und Bonn in naher Zukunft die Regierungsgeschäfte übernimmt. Unabhängig davon bleibt festzuhalten, dass die Achse Paris-Bonn in den vergangenen Monaten einige Schrammen davontrug. «Sollbruchstellen» jedoch sind einstweilen noch nicht auszumachen. Wer solcherlei vermutet, wird schon nach einem kurzen historischen Exkurs feststellen, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit immer wieder in politische Tiefdruckwirbel geriet, ohne dass sich daraus ein Sturm entwickelte. Probleme gab es immer — aber auch genug Pragmatismus, diese zu lösen. Nichts spricht dafür, dass es dieses Mal anders sein könnte. Vorausgesetzt, die Partner bringen mehr Verständnis für die Interessenlage des jeweils anderen auf. ■